

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber beim Raum mit 30 Pfg. ...

Bezugspreis für Halle ...

Nr. 109.

Halle a. S., Sonnabend, den 6. März.

1909.

Zur Hebung des „kleinen Kaufmannsstandes“.

Der Abgeordnete Trimborn (Zentrum) hat im Abgeordnetenhaus mit Unterstützung seiner Partei folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, I. unter Zuhilfenahme mit Vertretern des Kaufmannsstandes, insbesondere der Handelskammern, der Kaufmannsgerichte, Detailhändlerverbänden, Handlungsgehilfenorganisationen sowie unter Mitwirkung des Landesgewerbebeamten in eine Prüfung der folgenden Fragen einzutreten:

1. Erscheinen Maßnahmen angängig und zweckdienlich, die eine bessere Gewehr dafür schaffen, daß die im § 76 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches dem Lehrherrn bezüglich der

Lehrlingsausbildung

aufgelegten Pflichten wirklich erfüllt werden? Insbesondere a) ob es sich nicht empfiehlt, eine Ergänzung der Gewerbeordnung dahin herbeizuführen, daß deren § 126 a auch für das Handelsgewerbe für anwendbar erklärt wird, und zwar unter besonderer Hervorhebung der Berufshilfe des Lehrherrn, für den regelmäßigen Besuch der Fortbildungsschule befohlen zu sein? Ob nicht auch der § 126 b der Gewerbeordnung auf das Handelsgewerbe ausgedehnt ist?

b) Ob die Bestimmung des § 128 in Verbindung mit § 139 der Gewerbeordnung eine genügende Handhabe bietet, um der

Lehrlingszuchterei im Handelsgewerbe

zu begegnen, oder ob nicht die Schaffung einer bezüglichen landmännlichen Aufsichtsinanz vorzuziehen ist?

c) Ob es sich nicht empfiehlt, durch Gesetz die Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge nur solchen Personen zu gestatten, die entweder selbst eine geordnete kaufmännische Lehre durchgemacht haben oder sonst ihre Befähigung zur Lehrlingsausbildung in näher zu bestimmender Art nachzuweisen?

d) Ob es nicht zweckmäßig erscheint,

bei den Handelskammern Prüfungsausschüsse

einzurichten, welche dem Lehrling die Möglichkeit bieten, sich nach Beendigung der Lehre einer Prüfung in den eigentlich kaufmännischen Fächern und in der Warenkunde eines bestimmten Geschäftszweiges zu unterziehen und sich ein bezügliches Zeugnis zu verschaffen?

2. Ob auch für den Handelsstand ein Bedürfnis besteht, dem bereits selbständigen Kaufmann Gelegenheiten zu bieten, in besonderen Kurzen nach Art der für das Handwerk eingerichteten Meisterkurse seine Fachbildung zu ergänzen?

3. Ob nicht durch staatliche Maßnahmen auf die weitere Einrichtung

paritätischer Stellennachweise für kaufmännisches Personal

unter Mitwirkung der Handelskammern, der Gesellenverbände und der Gemeinden sowie auf eine Verbindung der Nachweise untereinander hingewirkt werden soll?

4. Ob die heutige Regelung des Handelsgewerbesens dem Kleinhandl ein seiner Bedeutung und Zahl entsprechende sachliche und numerische Vertretung ermöglicht? Und ob sich nicht eine Ergänzung der Handelskammereinrichtung durch Angliederung eines Ausschusses der Kleingewerbetreibenden empfiehlt, für den eine besondere Klasse von Wahlberechtigten vorzuziehen wäre?

5. Wie den kaufmännischen Angestellten eine Vertretung ihrer Ständesinteressen ermöglicht werden soll?

6. Ob besondere staatliche Maßnahmen möglich und zweckmäßig sind, um dem Genossenschaftswesen auf dem Gebiete des Kleinhandels eine größere Verbreitung und Förderung zuteil werden zu lassen?

7. Ob besondere Maßnahmen angezeigt erscheinen, um die Tätigkeit des Landesgewerbebeamten auch auf die Förderung des kleinen und mittleren Kaufmannsstandes auszuweiten?

II. Das Ergebnis der Erwägungen in einer Denkschrift niederzulegen.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalsnachrichten.

Die „Deutschland“, mit dem Kaiser an Bord, die während der Nacht zum Freitag in der Nähe des Leuchtturms Bremen gestrandet hatte, setzte gestern vormittag 11 Uhr 25 Min. ihre Fahrt fort und traf um 12 Uhr 45 Min. begleitet von dem Stationschef „Carmen“, dem kleinen Kreuzer „München“ und den Dampfschiffen „S. 84“ und „G. 89“ bei der Landboje in Bremerhaven ein, wo das Geschwader unter warf. Während der Fahrt herrschte bestiges Schneegewitter. Später klärte sich das Wetter auf. Beim Passieren der Forts feuerte die dort aufgestellte Wa-

trofenartillerie den Kaisersalut. Die Mannschaft brachte ein dreifaches Hurra aus.

Die Kieler Wahlrechtsverschlechterer.

L. C. Gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung in Kiel haben die in Kiel wohnenden freiwähligen Abgeordneten Hoff, Dr. Leonhart und Dr. Struwe bekanntlich in schärfster Weise Stellung genommen. Aus der Rede, die Landtagsabg. Hoff, der gleichzeitig Stadtverordneter ist, bei der Beratung der Angelegenheit im Stadtverordnetenkollegium gehalten hat, seien folgende besonders bemerkenswerte Stellen wiedergegeben, in denen er auf die Konsequenzen des beabsichtigten Dreiklassenwahlrechts hinweist:

Von 46 Städten ist eine Statistik vorhanden. In keiner einzigen Stadt beträgt die Zahl der Wähler der ersten Klasse auch nur 1 Prozent. In Berlin wählten in der ersten Klasse beispielsweise nur 601 Bürger, d. h. 0,31 Prozent der gesamten Wählerschaft, auf die zweite Klasse entfielen 1909 oder 2,7 Prozent, und auf die dritte Klasse die übrigen 97 Prozent. 2 Prozent der Bürgerzahl hatten 2/3 der Stadtverordneten zu wählen. In einem Privatgespräch wurde gelegentlich von einem Parlamentarier gesagt: Wenn Sie unter Berliner Wählern kennten, würden Sie anders darüber denken und sich weniger lobend darüber auslassen. In Kiel würde eine ähnliche Verrentung der kommunalen Rechte erfolgen, zumal da man hier die Kandidatwahlen vorgezogen hat. Nach der letzten Bürgerrolle befinden sich in Kiel 21 000 Wähler; diese Zahl würde nach Einführung der Klassenwahl auf 36 000 fallen. Auf die erste Klasse würden 1 Prozent oder 360 Wähler entfallen. Ich glaube, daß diese Zahl eher zu hoch als zu niedrig ist. Rechnet man auf die zweite Klasse 4 Prozent, 1440 Wähler, so würden 1800 Wähler die Familie der kommunalpolitischen Macht in Kiel in Händen haben, und es gäbe gar keine Möglichkeit, sie aus dieser Position zu verdrängen. Was würde das zur Folge haben? 19 000 Wähler würden einfach in die dritte Klasse verrentet werden und gegenüber der Sozialdemokratie vollständig in der Minderheit sein. Das wäre eine Entwertung des freien Bürgerrechts, das in den kommunalen Vereinen organisiert ist und vollständig ausgeschaltet werden würde. Demgegenüber war die Jesulserhöhung ein reines Kinderspiel!

Hoff forderte die Ablehnung der Vorlage und stimmte mit noch einem andern bürgerlichen Stadtverordneten auch gegen die Entsendung einer Deputation an den Minister.

Die Neuordnung des Mädchenschulwesens.

Die Unterrichtscommission des Abgeordnetenhauses verhandelte über zwei Positionen, von dem allgemeinen Lehrerinnenverein und dem Zentralverband zur Durchführung der Mädchenschulreform, die Neuordnung des Mädchenschulwesens betreffend. Der Zentralverband wurde eine Denkschrift von fünfzehn Seiten vorgelegt, aus der hervorgeht, daß die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins zu begründen nicht.

Die wichtigsten Wünsche gehen dahin, daß die zukünftige höhere Mädchenschule mit der Oberschule in der Weise in Verbindung gesetzt werden möge, daß der Übergang der Mädchen in die Ober-Schule ohne weitere Prüfung vollzogen werden könne; daß ferner den Mädchen die Aufnahme in die höheren Rabenschulen freigegeben werden möge, daß die Staatsregierung von der Forderung eines gewissen Prozentsatzes männlicher Lehrkräfte abstehe (die Bestimmung vom 18. Aug. 1908 verlangt, daß mindestens ein Drittel der Lehrkräfte männlichen Geschlechts sind), daß das höhere Mädchenschulwesen derlei Ministerialabteilung der höheren Lehranstalten für die männliche Jugend unterstellt werden und daß endlich die Lehrerinnenvereine für Volksschullehrerinnen zu vierjährigen erweitert werden mögen, wie es die Neuordnung für die neu zu gründenden höheren Lehrerinnenvereine vorschreibt.

Die Kommission kam nach längerem eingehenden Verhandlungen zu der Ansicht, daß die Wünsche der Petentinnen zum größten Teile durch die Neuordnung bereits erfüllt seien, und daß die anderen Forderungen vorwiegend in nicht allzu ferner Zukunft erfüllt werden würden. Es sei deshalb geraten, die Vorschläge der Neuordnung in der Praxis abzuwarten und dann erst Ergänzungen oder Abänderungen vorzunehmen. Es wurde deshalb beschlossen, die Petition der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Parteinachrichten.

In Biffa (Prov. Polen) ist dieser Tage ein nationaler Bittverein der deutschen Katholiken gegründet worden. Er bezweckt den Zusammenschluß der kirchlich gesinnten Katholiken deutscher Nationalität zur Herbeiführung deutsch-nationaler Wahlen. Seine Hauptaufgabe sieht er darin, den Bestrebungen der Polen und des Zentrums entgegenzutreten, die in der Ostmark zum Schaden des Deutschthums überhaupt und der deutschen Kolonien im besonderen gemeinsame Sache machen. Der Verein will in diesem Sinne aufklärend und werbend tätig sein. Zum ersten Vorstehen wurde Staatsanwalt Schulte in Biffa gewählt.

Ein Frankfurter Barthianer hatte an die sozialdemokratische Frankfurter „Vollstimme“ einen Brief gerichtet, in dem er die Sozialdemokraten zu gemeinsamem Vorgehen „im Kampfe gegen die Reaktion“ auffordert. Die Vollstimme macht sich über diesen Brief lustig. Am Schlusse ihrer Ausführungen heißt es:

„Jedes christliche Bündnis mit jedem christlichen Feinde der Reaktion ist uns willkommen, und mit je mehr Bataillonen Herr

Barth ins Treffen rückt, um sich an unsere Seite zu stellen, desto lieber ist es uns natürlich. Aber wenn eine, um bei dem militärischen Vergleich zu bleiben, Korporalschaft amarrisch und einem ganzen Armeekorps ein Bündnis anträgt und dann verlangt, das Armeekorps solle sich in seiner Taktik noch der Korporalschaft richten, so fragt man sich, ob man wirklich schon aus der Festsitzungswoche heraus ist.“

Was sagt Herr Barth dazu?

Allgemeine Mitteilungen.

Die Wahlsprüngskommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer letzten Sitzung die Wahl des Abgeordneten Fasomann (nationalliberal) für ungültig erklärt. Die Ungültigkeitserklärung erfolgte auf Grund einer unrichtigen Bestatmung des Magistrats von Hameln. Die Urwähler waren nicht in der vom Wahrgesetz vorgeschriebenen Weise eingeladen worden, es hatte auch eine Vermischung von Termin- und Fristwahlen stattgefunden. Die Wahl des Abgeordneten Bemann (n.) am Sonntag 6. Wiesbaden-Berlinstr. 11) wurde für gültig erklärt.

Die Stadtverordneten in Stettin haben mit großer Mehrheit die Einführung der Wertzwachseuer für Stettin beschlossen.

Deutscher Reichstag.

220. Sitzung vom 5. März, 2 Uhr.

Die Beratung des

Postcass und des Entwurfs der neuen Fernsprechnetze-Ordnung

wird fortgesetzt. Abg. Boehme (wirtsch. Bgg.):

Wir werden gern dem nationalliberalen Antrage zustimmen, der die Wiederherstellung verschiedener Beamtenstellen, die die Kommission gestrichelt hat, verlangt. Erstrechtlich ist, daß die Zahl der besetzten Unterbeamtenstellen wieder vermehrt wird. Ebenso ist die Herabsetzung der Dienstverhältnisse und die Urlaubsvorgabe. Wir wünschen, daß auf diesem lokalen Wege fortgeschritten wird. Benötigende Verleistungen müssen den Beamten rechtzeitig bekanntgegeben werden, damit dem Reiche Mietsentfahrungen erspart werden. Auf die Befreiung der Postfreiheit der Fürsten lassen wir uns nicht ein, das sind verfassungsmäßige Rechte. Redner erörtert dann namentlich die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter. Es gebe zwar bereits Ausschüsse dieser Arbeiter, aber leider noch nicht in allen Oberpostdirektionen. Zu wünschen sei, daß man diese Arbeiter wenigstens teilweise auch in Aufsichtsräten aufnehme lasse.

Abg. Kaempf (fr. Sp.):

Der Etat enthält eine Reihe Mängel, für die wir dankbar sind. Dringend zu wünschen ist die Wiederherstellung des Kadettenkorps, um so mehr, als die Erziehung desselben ja tatsächlich zu einer Einschränkung des Postrentenerlöses im Ortswahl- und Nachortswahlgebiet geführt hat. Der Postschaden, eingeleitet ist, gerichtet aus zur Befriedigung; hoffentlich kommt es auch noch dazu, daß die jetzt bestehenden Geschäftslinien noch erniedrigt werden. Wünschenswert ist ein Wertpost von 10 Pfg. für einfache Briefe. In England kann man für einen Penny nach den entferntesten Kolonien korrespondieren. England hat auch einen entsprechenden Vertrag mit Amerika geschlossen. Hoffentlich kommen auch wir noch dazu, für 10 Pfg. nach Amerika schreiben zu können, ohne daß den Briefen, wie das jetzt der Fall ist, die Route über deutsche Häfen vorgeschrieben ist. Jetzt müssen schlechte Briefe, die die schnellste Route wählen müßten, gegebenenfalls immer noch das 20 Pfg.-Porto tragen. Möge die Postverwaltung in ihrem Streben nicht nachlassen, wenigstens nach allen unseren Nachbarnländern uns das billige Porto zu verschaffen, wie wir es jetzt schon mit Oesterreich-Ungarn und Luxemburg haben. Anपाल an das Verkehrsbedürfnis ist unbedingt für das Gebieten von Handel und Wandel erforderlich. Eine solche Anपाल liegt leider bei dem neuen Fernsprechnetze-Entwurf nicht vor. Wenn es in der Begründung dazu heißt, daß im Laufe der Jahre der Anteil der Einzelgesprächsbezahlung an dem Gesamt-Erdprecher von 22 auf 44 Proz. gestiegen sei, so darf das doch kein Grund sein, nun die Pauschgebühr ganz zu beseitigen. Ueberdies ist das das größte Bedenken gegen die Einzelgesprächsgebühr, nämlich daß diese einen verhältnismäßig großen Beamtenapparat erfordert, nicht aus der Welt zu schaffen. Es darf auch bisher immer Wille des Reichstages, die Pauschgebühr ganz zu beseitigen. Unmittelbar ist das Einzelgesprächsmodell auch schon deshalb, weil, wie ich schon in den Reden zum Entwurf angegeben wird, ein Beamter immer nur eine begrenzte Anzahl von Sprechtellen bedienen kann. Ist nun auf dieser begrenzten Zahl der Verkehr ein schwacher, so wird die Kraft des Beamten doch nicht voll ausgenutzt! Das Richtige besteht darin, Einzelgespräch und Pauschgebühr nebeneinander bestehen zu lassen. Man soll doch niemals auf einem Prinzip beharren. 1899 fand die Postverwaltung auf demselben Standpunkt, und was damals richtig war, ist jetzt doppelt richtig! Damals erklärte die Verwaltung, die reine Gesprächsgebühr würde unter Umständen einer Verjüngung des Anpalches gleichkommen! Und das ist jetzt nicht anders geworden! Der Verkehr ist nicht der Postverwaltung wegen da, sondern letztere des Verkehrs wegen. Das, was große Leistungen fordert, auch nicht mit kleinen Gegenleistungen sich abfinden könne, das ist theoretisch richtig, aber verkehrspraktisch nicht. Der Brief sollte durch ganz Deutschland 10 Pfg. Präfiz sein. Die drei noch zu geben, daß ein Brief von Memel nach Köln eine größere Leistung erfordert, als ein Brief von Berlin nach Charlottenburg. Wollen Sie deshalb etwa wieder das gefasste Porto einführen? Oder wollen Sie deshalb die Briefe nach dem Lande verteuren? Sie sehen, mit

dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung ist es nicht möglich.

Hg. Dr. Struve (fr. Sp.)

beantwortet die Bemerkung der Gehörten, dass eine Kommission von 28 Mitgliedern...

Was bleibt die Personalreform? Auch den unteren Beamten muß die Möglichkeit gegeben werden, höher aufzusteigen...

Staatssekretär Kraetzle

Im Falle Schwarz hat der Oberpostdirektor unrichtig gehandelt. Die Beamten sind nicht gefragt worden...

Hg. Bremer (Frl. Sp.)

Überall mittert die Eink Agrarier. Auf dem Lande wohnen doch auch Handwerker und kleine Leute...

Hg. Duffner (Str.)

Eine Revision der Gebühren der Postverwaltung ist notwendig. Zwischen dem bureaukratischen und dem kaufmännischen Geschäftsgeist muß ein Ausgleich geschaffen werden...

Hg. Graf Wehner (Konf.)

begreift die neue Fernspregebnordnung, wünscht aber noch weitere Vorteile für das flache Land...

Hg. Dr. Stresemann (M.)

Bei dem Hochwasserstand in der Altmark haben sich leider die Postbehörden gemeldet, den Fernsprecher über die Diersten hinaus zu gestalten...

Hg. Graf Wehner (Konf.)

wendet sich persönlich gegen die scharfen Angriffe des Staatssekretärs auf seine Person.

Staatssekretär Kraetzle

erklärt, daß er den Hg. Struve persönlich nicht habe beleidigen wollen.

Weiterberatung Sonnabend 2 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Hausland.

Die Lage im Balkan.

Die Nachrichten, daß Serbien geneigt ist, seine Forderungen in dem von den Großmächten gewünschten Sinne einzuschränken, erheben sich aufrecht. Sämt man jedoch die Forderungen neben die anderen, die von der Fortsetzung der serbischen Forderungen bedingt, so bleibt die Lage nach immer düster.

Belgrad, 5. März. Aus hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, datiert der Enschluß Serbiens, einzulernen, seit der Rückkehr des hiesigen russischen Gesandten Sergejew von seiner jüngsten Orientierungsfahrt...

ungen sowohl dem Könige Peter als auch dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen mit und forderte dringend, daß Serbien seine Haltung in der bisherigen Frage ändere.

Der serbische Note an die Mächte

wird mit Spannung erwartet. Ein anfängliches Bild von der Stimmung innerhalb der französischen Diplomatie gibt das nachfolgende Telegramm des „B. T.“:

Paris, 5. März. Sobald der Text der serbischen Antwort in Petersburg revidiert sein wird, soll nach hiesiger Annahme die Note an alle Mächte, auch an Oesterreich-Ungarn, entandt werden.

Präsident Taft über Deutschland.

Howard William Taft, der neue Präsident der Union, dankte wie gewohnt am 6. März, in einem Briefe an den Herausgeber des dortigen deutschen „Herold“ für die politische Unterstützung durch die Deutsch-Amerikaner.

„Es ist mir eine besondere Genugtuung, zu wissen, daß die Beziehungen Amerikas zu Deutschland niemals herabsetzender und mehr von gegenseitiger Sympathie erfüllt waren, als heute.“

Zu der feierlichen Amtseinführung Tafts wird noch berichtet.

Washington, 5. März. Aus Anlaß der Einführung des Präsidenten Taft erhielt die Stadt gestern Abend in feierlicher Bekleidung die Inspektoren in der Hauptstraße Pennsylvania-Avenue, wo elektrische Girlanden sich über die Straße hingogen, glänzend war.

Halle und Umgebung.

Mit Strafmandaten

solten, wie ein Gericht verbreitet, eine größere Anzahl Geschäftsleute bedacht worden sein, weil sie am vergangenen Sonntag während des Gottesdienstes die Schaufeln nicht verhängten, obwohl jene, die betreffende Vorchrift aufhebende Oberpräsidial-Verordnung noch nicht in Kraft gesetzt ist.

Wir sprachen schon unlängst das Vertrauen aus, daß die Polizeiverwaltung sich nicht auf den Wuchstaben versteifen und keine Strafmandate erlassen würde.

Im Stadttheater fand gestern Abend bei sehr gut besuchtem Hause das erste Gespielt des früheren Wiener Hofopernsängers Kurt Stolzenberg statt.

Herr Landory, der Operetten-Tenor an unserem Stadttheater, ist nach absolviertem Gespielt auf fünf Jahre für das Großherzogliche Hoftheater in Mannheim verpflichtet worden.

Fräulein Erna Fiebig, eine Schülerin des Hebräischen Konservatoriums, ist nach absolviertem Gespielt an das Königliche Hoftheater in Hannover als jugendlich-dramatische Sängerin engagiert worden.

Dem hiesigen Harzklub-Zweigverein wird von Braunlage (Oberharz) folgender Bericht erstattet: Schneehöhe: 60 Zentimeter. Temperatur: 6 Gr. C. Mitteilungen: Ideale Stille, vorzügliche Robel- und Schlittenbahn.

Deutscher Gruben- und Fabrikbienenverein, Zweigverein Halle. Am Sonntag nachmittag findet die ordentliche Generalversammlung hier im Rotstetter statt.

gertenange eingegangenen Anträge beschäftigen. Der diesjährige Delegiertenrat findet am 20. bis 23. Mai hier in Halle statt.

Der Verband der Freien Vereinigungen selbständ. Barbier, Friseur- und Perückenmacher Deutschlands hat seinen 21. Samstagskongress am 10. März in Halle in den Italia-Hallen.

Der Brigadeverein ehemaliger Kameraden der Infanterieregimenter 28 und 68 in Halle und Umgegend hält Donnerstag den 11. März, abends 9 Uhr in der „Franziskanerküche“.

Freiwiliger Jünglingsverein (St. Ulrich). (Vereinsliste). Kl. Klausier. 16.) Sonntag hält Herr Kurt Diez einen Vortrag über: „Aus der deutschen Bürgerwelt“.

Letzter. Die Ziehung der 3. Klasse der Königlich Preussischen Landeslotterie beginnt am 12. März.

Aus dem Leserkreis.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Eine Umsehung in der „Dollarsprinzessin“.

Man schreibt uns: Die Partie des „Hans“ in der „Dollarsprinzessin“, die Herr Bergmann so oft hier gefungen hat, ist seit der Gründung des Herrn Landory wieder dem letztgenannten Herrn übertragen worden.

Da der Verfasser dieses „Eingelands“ weiß, wie gern Herr Hofrat Richards den Klängen des Publikums nachzukommen pflegt, so glaubt er namens seiner Freunde keine Bitte zu tun, wenn er die Direktion des Stadttheaters bitten dürfte, diese Partie fernerhin wieder Herrn Bergmann übertragen zu wollen.

Der Reihbestand unserer lieben Heide.

Die Liebste eines jeden Natur- und Tierfreundes schwebt in Gefahr, stark vermindert zu werden. Heidegänger hatten am letzten Sonntag einige dieser bedauernswerten, allerliebsten Geschöpfe gesehen, wie dieselben, die Hinterbeine vor Mächtigkeits nachschleppend, sich mühsam fortbewegten.

Provincial-Nachrichten.

Das goldene Jubiläum der Handelskammer.

□ Nordhausen, 5. März. Die Feste des 50jährigen Jubiläums unserer Handelskammer begann heute vormittag mit einem Festakt im Stadtordeordneten-Sitzungssaal.

Wetterberichte.

Friedrichroda - Spielberg, 5. März. Barometerstand steigend. Temperatur: -3 Grad R. Windrichtung: West. Schneehöhe: 90 Zentimeter.

Stolberg, 5. März. (Kaiser Wilhelm) wird im August unserer Provinz einen zweitägigen Besuch abstaten.

Die Frau gibt an, der Mann liebt sie nicht, sondern nur die Hand, die gerade ein Rühmchen in der Hand hat, einen Glanz in der Kopf, der eine Klaffende und fast blutende Wunde zurückführt.



